Lindau Geplante Kiesgrube bei Tagelswangen wurde in den kantonalen Richtplan aufgenommen

Um Gunst der Kantonsräte buhlen

Die umstrittene Kiesgrube bei Tagelswangen wurde im überarbeiteten Richtplan festgesetzt. Anwohner setzen nun auf den Kantonsrat – das aber tut auch die Firma, die das Projekt realisieren will.

Michael Leemann

Was die Interessengemeinschaft Kiesgrube Nein im Internet zeigt, kann man getrost als Horrorvision des Vereins bezeichnen. Die Wiese zwischen Dorfrand und Autobahn liegt friedlich da; aus den Lautsprechern des Computers pfeifen die Vögel. Plötzlich aber erheben sich, untermalt von Bässen, schwarze Kiesberge mitten aus der Wiese.

Dieser Computeranimation ist die Realität ein Stück näher gerückt. Vorgestern Donnerstag nämlich hat der Regierungsrat den überarbeiteten kantonalen Richtplan vorgestellt – und darin ist die Wiese beim Lindauer Ortsteil Tagelswangen als Areal für «Materialgewinnung» vorgesehen.

Stein des Anstosses: Auf dieser Wiese im Gebiet von Chäsenberg und Stutz soll Kies abgebaut werden. *(Archiv)*

Man gibt sich kämpferisch

«Wir haben dies leider vermutet», meint Felix Hug. Er ist Präsident der IG Kiesgrube Nein, zu der sich Anwohner zusammengeschlossen haben, um gegen das Projekt Widerstand zu leisten. Denn die Gegend, argumentieren sie, sei ein beliebtes Naherholungsgebiet direkt am Waldrand. Der Verein zeigt sich weiterhin kämpferisch. «Wir haben die Zielsetzung des Regierungsrates für diesen Richtplan genau studiert», meint Hug. Er ist sich sicher, einen Widerspruch entdeckt zu haben. Denn die Regierung hat es sich selbst zur Auflage gemacht, in Grundwasserschutzgebieten keinen Kiesabbau zuzulassen. Hug: «Die geplante Kiesgrube liegt aber mitten in einer Grundwasserschutzzone.»

Schützenhilfe erhalten die Mitglieder von «Kiesgrube Nein» von einigen Gemeinden. Allen voran Lindau: «Wir wollen nicht, dass dauernd Lastwagen durch das Dorf fahren», sagt Gemeindepräsident Fritz Jenzer. In diesem Sinne verlangt der Lindauer Gemeinderat, dass der Kiestransport über die Schiene abgewickelt wird. Im Richtplan ist das zwar als Bedingung für das Projekt vorgesehen. «Das aber», sagt Jenzer, «ist nicht machbar.» Die SBB hätten signalisiert, dass eine Bahnanbindung lediglich bis ins Jahr 2016 möglich sei.

«Jeder hört, was er hören will»

Stimmt nicht, widerspricht Christian Gubler, Mitglied der Geschäftsleitung von Frischbeton und Baustoff AG (FBB). Die FBB möchte die Kiesgrube dereinst betreiben. Die Firma war es auch, die den Regierungsrat ersucht hatte, die Wiese bei Tagelswangen in den Richtplan aufzunehmen. «Jeder hört immer, was er hören will», holt Gubler aus: Die SBB hätten lediglich verlauten lassen, nur bis 2016 garantieren zu können, dass die Kiesgrube von Güterzügen bedient wird. «Was danach kommt, steht völlig in den Sternen», meint er; spricht aber lediglich von einer «Unsicherheit», nicht etwa von einer «Unmöglichkeit».

Der Widerstand der Anrainer scheint auf wackeligen Beinen zu stehen. Recherchen des ZO/AvU haben nämlich ergeben, dass sich das Areal zwar in einer Gewässer-, nicht aber in einer Grundwasserschutzzone befindet.

Der Ball liegt beim Parlament

Und so bleibt sowohl der FBB als auch den Kiesgrubengegnern kaum etwas anderes übrig, als auf Überzeugungsarbeit zu setzen. Dennoch ist der Richtplan nicht beschlossene Sache; erst muss der Kantonsrat darüber entscheiden. Bevor das Parlament darüber befindet, wird das Papier nun in der Kommission für Planung und Bau vorberaten. «Wir werden diese Kommission angehen», kündigt Gubler an und fragt: «Wäre die Kiesgrube im Richtplan, wenn die Verwaltung nicht davon überzeugt wäre, dass das Projekt eine gute Sache ist?»

Aus der Region bläst dem Projekt weiterhin ein eisiger Wind entgegen. Die Interessengemeinschaft Kiesgrube Nein will den Richtplan notfalls rechtlich anfechten. Lindaus Gemeindepräsident Jenzer meint: «Wir wollen die Kantonsräte des Bezirks hinter uns scharen.» Der Unterstützung der Nachbargemeinden Wangen-Brüttisellen und Illnau-Effretikon ist er sich sicher. «Man darf gespannt sein», fügt Illnau-Effretikons Stadtschreiber Kurt Eichenberger an: «Sind unsere Kantonsräte jetzt in erster Linie Vertreter ihrer Region oder ihrer Parteien?»